

1. Einleitung

Winter 2014/2015: Wöchentlich kommt es zu so genannten PEGIDA-Aufmärschen mit Tausenden von Menschen. Vor allem in Dresden drückt sich bei Manifestationen von vorläufig bis zu 25.000 Personen ein gesellschaftlich offenbar breit verankerter Antimuslimischer Rassismus aus, der auch aus Politik und Medien mit geschürt wurde. So stellte die *Bild*-Zeitung Lutz Bachmann, einem der Dresdener PEGIDA-Organisatoren, Anfang Dezember 2014 ein Forum zur Verfügung.¹ Unterdessen erklärte der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) mit Blick auf die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«: »Ich glaube, dass wir in der Vergangenheit mit der Frage nach der Identität unseres Volkes und unserer Nation zu leichtfertig umgegangen sind.«² Erst als in den meisten Städten die Gegendemonstrationen deutlich in der Überzahl waren und offensichtlich wurde, dass PEGIDA-Organisatoren vielerorts aus neofaschistischen Strukturen stammen, weicht in bürgerlichen Kreisen das Verständnis für die »Sorgen und Ängste« der Menschen mehr und mehr einer Ablehnung der Aufmärsche.

Szenenwechsel 1: Im Sommer 2014 »patrouillieren« einige Männer in orangefarbenen Westen durch Wuppertal – die Hysterie lässt

1 Vgl. *Bild*-Interview unter der Überschrift: »Exklusiv in BILD spricht der PEGIDA-Erfinder Lutz Bachmann, der jeden Montag Tausende Dresdner auf die Straße bringt. Wir hören erst auf, wenn die Asyl-Politik sich ändert!« (www.bild.de, 1.12.2014)

2 Zit. nach: www.tagesschau.de, 28.12.2014.

nicht lange auf sich warten: Die Scharia-Polizei als »Parallelwelt« zur deutschen Rechtsstaatlichkeit. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) verlangt, die deutsche Rechtsordnung schnellstmöglich auf »Islamfestigkeit« zu überprüfen.³ Was übrig bleibt von der Auseinandersetzung, ist die Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und dem Verbot der »Shariah Police« sowie der Generalverdacht gegen Muslime, die als Integrationsverweigerer dargestellt wurden – Zivilisierungsmission beendet.

Szenenwechsel 2: Berlin, Sommer 2012: Ein Spaziergang durch die Bezirke Neukölln, Moabit und Wedding macht auch bei gutem Wetter keinen Spaß. An den Bushaltestellen hängen Plakate, ausnahmsweise keine kommerzielle Reklame: Fotos von dunkelhaarigen, türkisch und arabisch aussehenden Ahmads und kopftuchtragenden Fatimas, die sich aus der Gesellschaft zurückgezogen und einen radikalen Werdegang hingelegt haben. Die »Vermisst«-Kampagne des Bundesinnenministeriums warnt vor potenziellen »islamistischen Schläfern« und »islamischem Terrorismus«. Damit sollen Jugendliche aus einem Umfeld angesprochen werden, das im Verdacht steht, besonders gefährlich, gewaltaffin und terrorismusempfänglich zu sein. Doch wozu diese Warnung vor nachwachsenden Islamisten, während die Öffentlichkeit nach der Aufdeckung des NSU durch einen der größten Skandale der Nachkriegszeit erschüttert wird? Umso passender erscheint der Vorschlag von Ali Kizilkaya, seit 2012 Vorsitzender des Islamrates, an das Innenministerium, »mit Bildern ›deutschstämmiger‹ junger Leute zu warnen, die in den rechten Sumpf abzurutschen drohen – mit dem schüchternen Uwe und der tierlieben Beate aus der Nachbarschaft, die sich zurückgezogen und immer radikaler wurden, bevor sie den ›Kampf gegen die Überfremdung Deutschlands‹ in die eigenen Hände nahmen und neun Migranten erschossen. Die Gefahr lauert überall, in Dortmund-Dorstfeld, in Gera, in Nürnberg. Doch der erste Schritt zur Menschenhatz ist immer der pauschalisierte Generalverdacht, die

3 Vgl. u. a.: Die »Scharia-Polizei« auf Kontrolle. In: Yeni Hayat/Neues Leben, Nr. 123, 12.9.2014, S. 1.

rassistische Zuschreibung negativer Eigenschaften auf ganze Personengruppen. Es sind diese politischen Risikogruppen, die Deutschland wirklich lebensgefährlich machen: die ministeriellen Scharfmacher, uniformierten Blockwarttypen und ressentimentgeladenen Populisten, die in jedem Jugendlichen mit nahöstlicher Herkunft den potenziellen ›Schläfer‹ sehen.«⁴

Wie oft wurde in den letzten Jahren der »Untergang des Abendlandes«, der Verlust »westlicher Werte« und die »Islamisierung der deutschen Gesellschaft« heraufbeschworen? Wie oft schmückten in der letzten Dekade Halbmonde und »bärtige Djihadisten« die Titelseiten der deutschen Medienlandschaft? Wie oft wurde polemisch der »soziale Frieden« gestört, als in der Nachbarschaft eine Moschee gebaut werden sollte? Wie oft sahen Patrioten und Populisten eine »Deutschenfeindlichkeit« am Werk, die »den einfachen Deutschen« Angst und Bange mache?

Vor antimuslimischen Ressentiments macht auch das »wohlsituierte Bürgertum« nicht halt, deren Vorurteile oftmals als »rationale Erkenntnisse« gerechtfertigt werden. Häufig paart sich dabei Islamkritik mit einer guten Portion Halbwissen über den Koran. Es bedarf keiner gründlichen wissenschaftlichen Analyse, um festzustellen, dass der Antimuslimische Rassismus seit Beginn der Nullerjahre für eine Debatte mit handfesten Interessen und vielfältigen innen- und außenpolitischen Facetten steht.

Es herrscht ein regelrechter Kampf um die Meinungshoheit, hoch- und minderkarätige Politiker und Publizisten, die sich auf allen Ebenen – mal subtil, mal weniger subtil – über den Islam äußern, über ihn streiten und hitzig debattieren. Eine der Diskussionen machte sich bekanntlich daran fest, dass der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff den Islam als Teil Deutschlands bezeichnete⁵ – in

4 Zit. nach: Sebastian Carlens: Überall Schläfer? In: junge Welt, 30.8.2012.

5 So Wulff in seiner Bremer Rede am 3. Oktober 2010: »Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. ... Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.« Für die Aussage erntete Wulff nicht nur Zustimmung, vielmehr wird gemutmaßt, dass sie in Verbindung mit seiner Kritik an der Europäischen

Satz, von dem sich sein Nachfolger Joachim Gauck bald nach seinem Amtsantritt distanzierte. Jakob Roßa, der den »Islamdiskurs von Bundespräsident Joachim Gauck« untersuchte, stellt fest: »[Die] Konstruktion des Islam als eine ›andere Kultur‹ findet sich in Gaucks Diskurs besonders häufig zusammen mit dem Verweis auf den religiös und kulturell ›nicht-aufgeklärten‹ Islam. In zahlreichen Reden und Interviews verweist Gauck auf dieses Argument, um eine Unterschiedlichkeit und Andersartigkeit des Islam zu begründen. Mit der Berufung auf die ›europäische Aufklärung‹ wird dabei der Islam im Gegensatz zum ›christlich-abendländischen‹ Europa gesetzt. Damit wird jedoch nicht nur eine religiös-kulturelle Differenz markiert, sondern ebenfalls der Islam als rückschrittlich, defizitär und entwicklungsbedürftig konstruiert. Christentum und Europa werden als fortschrittlich und damit als höherwertig positioniert. Auf diese Weise rückt der Theologe Gauck, anstatt die Nähe und die gemeinsamen Bezüge zwischen Christentum, Judentum und Islam hervorzuheben, eine religiös-kulturelle Differenz in den Mittelpunkt.«⁶ Eine solche Position, zumal von »berufener« Stelle, mag für den politischen Umgang mit dem Islam symptomatisch sein. Besonders pikant erscheint ein Gauck-Interview

Zentralbank und am Demokratieabbau mit ein Grund für die Medienkampagne zu seiner Absetzung waren. Nach seinem Rücktritt fand ein (selbst-)kritischer Beitrag von Wulff zum 10. Jahrestag der NSU-Anschläge auf der Kölner Keupstraße Beachtung. Darin bekundete er: »Auch ich habe mich im Nachhinein ertappt, dass ich die Theorie der Kriminalität unter Ausländern leichtfertig durchaus für plausibel gehalten habe, als die Rede von ›Döner-Morden‹ war – ein unerträglicher Begriff, der zu Recht Unwort des Jahres wurde. Auch ich hatte unbewusst offenkundig vorgefertigte Bilder im Kopf. ... Sorgen machen mir ... bereits diejenigen, die Vorurteile schüren, die verächtlich und pauschal über andere sprechen, die Intoleranz hoffähig machen. Auch das dürfen wir nicht zulassen. ... Häufig ist die Rede von ›den Türken‹ oder ›den Muslimen‹. Das sind unzulässige Verallgemeinerungen. ... Menschen muslimischen Glaubens möchten genauso wenig wie Christen oder Juden auf ihren Glauben reduziert werden, und sie möchten zu Recht vielfältig wahrgenommen werden.« (Kölner Stadtanzeiger, 7./8. Juni 2014, Birlikte Extra, S. IV)

6 Jakob Roßa: Gauck redet wieder über den Islam. In: www.migazin.de, 2.12.2013 (6.1.2015)

mit der *Neuen Zürcher Zeitung* von 2010, in dem dieser darlegte: »Denn wir würden uns eigentlich nicht helfen, wenn wir Fremdheit und Distanziertheit übersehen würden in der guten Absicht, ein einladendes Land zu sein. Diese gute Absicht ist ja lobenswert, aber wir haben doch ganz andere Traditionen, und die Menschen in Europa ... sind allergisch, wenn sie das Gefühl haben, dass was auf dem Boden der europäischen Aufklärung und auch auf dem religiösen Boden Europas gewachsen ist, wenn das überfremdet wird.«⁷ Es mag im Nachhinein müßig sein, darüber zu streiten, ob dies als Entgleisung oder als Empfehlung für das Amt des Bundespräsidenten zu werten ist. Noch einmal Roßa: »Besonders mit der Verwendung des Begriffs der ›Überfremdung‹ wird das Bild eines expansiven und bedrohlichen Islam konstruiert und damit an populistische und islamfeindliche Diskurse über die ›Islamisierung‹ Europas angeknüpft.« (ebd.) Zu derlei Feinbildkonstruktion fügt sich im Sinne von Samuel Huntingtons auch geopolitisch motiviertem »Kampf der Kulturen« die spätere präsidentiale Forderung Gaucks, Deutschland müsse seine Zurückhaltung bei Militäreinsätzen aufgeben.⁸

Zu erinnern ist auch an Wolfgang Schäubles Satz über die (Nicht-) Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland. Und selbstverständlich gehören zu der Debatte ebenso die Auslassungen der SPD-Politiker Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky. Auch zahlreiche andere Meinungsmacher bestärken in ihrer Funktion als Multiplikatoren das tradierte Bild über Muslime in Deutschland. Sie verteidigen Ideologien, die Menschen aufgrund von vermeintlich sichtbaren und nicht sichtbaren Merkmalen klassifizieren und hierarchisieren. Sie verfestigen Ideologien der Ungleichheit und brechen »rassistische Tabus« – auch mit Rückgriff auf traditionell nazistische Bilder.

7 Interview mit Joachim Gauck in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 10.10.2010; zit. nach: ebd. – Ebenfalls 2010 bezeichnete Gauck in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* Thilo Sarrazin als »mutig« (vgl. *Deutsche Welle*: Kritik an Gaucks Position zur Integration, 22.3.2012, www.dw.de).

8 Vgl. u. a.: Gauck: Deutschland muss Zurückhaltung bei Militär-Einsätzen aufgeben, www.deutsche-wirtschafts-nachrichten.de, 14.6.2014 (zuletzt eingesehen am: 6.1.2015)

Jenseits der vorherrschenden Ängste und Ressentiments in Bezug auf den Islam steht fest: Es herrscht ein hohes Maß an Pauschalisierungen und Relativierungen. Vom vielfältigen, komplexen Leben vieler Muslime wird abstrahiert, um dieses vereinfachend und vorurteilsvoll darzustellen. Emotionalisiert dargestellte Bilder von Halbmond-Terroristen, gewalttätigen Neuköllner Kids, vom kleinen Kopftuchmädchen oder dem Gemüse verkaufenden Türken, vom »Burka-Gefängnis« und muslimischen Integrationsverweigern – eines haben sie gemeinsam: die repressiven Auswirkungen dieser Debatten auf das Leben der Betroffenen.

Die Ursprünge dieser rassistischen Stimmung gegen muslimisch, nicht christlich-europäische Menschen sind bereits im 11. Jahrhundert, bei den Kreuzzügen, zu suchen. Die Machtausweitung des Vatikans und die machtpolitischen Interessendurchsetzungen mit der Kontrolle über Palästina samt Jerusalem sind die Anfänge jahrhundertelanger⁹ kultureller und religiöser Diffamierung und Unterdrückung sowie westlicher Expansionsinteressen. Darauf basiert auch das heutige Islambild. Dieses wird durch politische Sprache und Bilder ausgedrückt, womit ein »allgemeingültiges Wissen« produziert wird, welches die politische Kultur durchzieht. Wie sonst ist die reflexhafte Reaktion von fast der Hälfte der Deutschen zu erklären, in der Bundesrepublik leben zu viele Muslime, bei einem tatsächlich geschätztem Anteil von vier bis fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung? Warum denken über 54 Prozent, dass Muslime in Deutschland zu viele Forderungen stellen? Auch die generelle Abwertung des Islams als eine Religion der Intoleranz sowie die Behauptung, dass viele Muslime Terrorismus gutheißen würden, geht aus unterschiedlichen Umfragen hervor.¹⁰ Eine vermeint-

9 Antiorientale und antimuslimische Bilder und Ressentiments hatten im Laufe der Jahrhunderte – wie andere Ideologien auch – stets ihre konjunkturellen Dynamiken.

10 Zick/Küpper/Hövermann gaben 2011 eine Bestandsaufnahme zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung in Europa mit dem Titel *Die Abwertung der Anderen* heraus. Für die Durchführung der Studie wurden stichprobenartig 1.000 Personen ab 16 Jahren interviewt. Insbesondere bemühten sich die Herausgeber um eine Berücksichtigung des Stadt-Land-Gefälles.

liche kulturelle Differenz und eine unterstellte Affinität von Muslimen zum Terrorismus lassen sich insgesamt in fast allen Debatten und Auseinandersetzungen mit dem Thema erkennen. All diese Annahmen, Vorurteile und Meinungen finden ihren Ursprung in vorgefundenen gesellschaftlichen Debatten und Herrschaftsideologien.

Die Anschläge vom 11. September 2001 erzielten international weitreichende Auswirkungen. Die seit dieser Zeit geläufige Rede vom »War on Terror« wurde in den westlichen Ländern zur Staatsräson und offiziellen Sprachregelung sowohl bei der Nachrichtenproduktion als auch bei der Propagierung der politisch-militärischen Leitlinien. Hierbei forcierten die Anschläge von 9/11 den seit dem Ende des Kalten Krieges mehr und mehr durchgesetzten Deutungsrahmen von arabischen Ländern als potenziellem Hort von Terror. Dies bedeutete eine verstärkte Homogenisierung der (ver-)öfentlichten Meinung, einhergehend mit der Abwertung von Muslimen und der Kulturalisierung des Menschenrechtsdiskurses in der westlichen Welt. Außenpolitisch dienten Frauenunterdrückung sowie Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit der Verschärfung der Gangart gegenüber jenen Ländern, die der »Achse des Bösen«¹¹ zugeordnet wurden – der Bundeswehreininsatz in Afghanistan sollte angeblich auch der Befreiung von Frauen und Mädchen dienen –, während damit auch innenpolitisch verstärkt rassistische Kampagnen begründet wurden. Antimuslimischer Rassismus musste auch für den Abbau sozialer Rechte erhalten: Indem soziale Konflikte zu solchen zwischen »Kulturen« gemacht werden, lassen sich neoliberale (Krisen-)Ideologien besser durchsetzen. Gesellschaftliche Klassenwidersprüche werden somit verschleiert, dadurch subalterne Gruppen gegeneinander ausgespielt und deren Widerstand entgegengewirkt.

Auch in der Bundesrepublik folgten nach 9/11 entlang der Sexismus-, Homophobie- und Antisemitismusdebatten rassistische Inter-

11 Dass beispielsweise die staatliche Verfolgung von Homosexuellen auch in (pro-)westlichen Ländern an der Tagesordnung war bzw. ist, wird dabei gerne ausgeblendet. Über Frauenunterdrückung und Morde an Schwulen und Lesben etwa in dem westlichen »Stabilitätsanker« Saudi-Arabien wird kaum berichtet.

ventionen gegen Muslime und als solche Markierte¹². Innenpolitisch kann die Debatte um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als Zäsur betrachtet werden, die weiterhin von rassistischen Übergriffen und Gewalttaten flankiert wurde. Nachdem deutlich geworden war, dass Migration nach jahrzehntelanger Un-Willkommenskultur von staatlicher Seite anerkannt wurde, folgten die Kopftuchdebatte, die Muslim-, Gesinnungs- und Einbürgerungstests, die Sarrazin-Debatte und die Beschneidungsdebatte. Parallel dazu erzeugten der unter staatlicher Aufsicht gestandene NSU-Terror sowie die ihm folgenden gezielten polizeilichen Ermittlungen in Migrantenumilieus in mancher »Community« ein Klima der Angst.

Mit dem System aus Vorurteilen, Ängsten und einschlägiger Islamkritik, den entsprechenden gesetzlichen Regelungen sowie deren Kontext und Effekte konnte Antimuslimischer Rassismus in Zeiten bröckelnder Zustimmung zu neoliberaler Ideologie salonfähig gemacht werden. Dessen Träger reichen von extrem rechten Akteuren bis in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft. Geschürt wird er nicht zuletzt von Teilen der deutschen Elite – mit medialer Unterstützung.

12 Dieser Logik entspricht ein Konzept, das politische Subjekte entlang konstruierter Gegensätze in »gut und böse«, in »normal und anormal«, in »westlich und orientalistisch«, in »zivilisiert und rückständig« einteilt; vgl. auch Iman Attia (2009).